

KLIPP & KLAR

Frühjahr 2022

Energiepreise runter!

Dietmar Bartsch über die miserable Energiepolitik der Ampel-Regierung

»Seite 3

Interview: Frauen in der Politik

Im Gespräch mit Bernburgs Oberbürgermeisterin Silvia Ristow und Eva von Angern

»Seite 4 & 5

Nicole Anger: Gesundheit ist keine Ware

Zur Krise des Gesundheitswesens im ländlichen Raum

»Seite 7

DIE LINKE.

Fraktion im
Landtag von Sachsen-Anhalt

Rekord-Inflation

Wer soll das bezahlen?!

» auf Seite 2 & 3



Liebe Leser*innen,

wir leben in einer Zeit, in der wir durch die Pandemie – und vor allem zum Schutz der Gesundheit unserer Mitmenschen und uns – häufig mit wechselnden Regeln konfrontiert sind. Als Eltern haben wir Angst, dass unsere Kinder in der Schule erkranken. Das Krankenhaus-Personal kämpft um das Überleben von Patient*innen. Arbeitneh-

mende fürchten, ihre Jobs zu verlieren. Viele kommen dabei ins Zweifeln. Die Haseloff-Regierung hat durch den Zickzack-Kurs in der Pandemie viel Vertrauen verspielt.

Als LINKE wollen wir wissen, was Sie bewegt, welche Sorgen Sie haben. Dazu kommen wir montags von 20 bis 21:30 Uhr gern online mit Ihnen ins Gespräch. Die Zugangsdaten finden Sie auf unserer Internet-

seite www.dielinke-fraktion-lsa.de. Darüber hinaus stehen wir auch gern für persönliche Gespräche zur Verfügung.

DIE LINKE steht für mehr Beteiligung der Bürger*innen und landesweite Dialogforen, um die Ängste der Menschen in der Pandemie stärker in den Blick zu nehmen. Lassen Sie uns gemeinsam aktiv werden!

Ihre Eva von Angern

Rekord-Inflation: Was tun

Ob an der Supermarktkasse, der Tankstelle oder beim Blick auf die Strom- oder Gasrechnung: Man möchte den eigenen Augen nicht trauen. Fast alles ist durch explodierende Energiepreise und eine extreme Inflationsrate teurer geworden.

Das bekommen allen voran diejenigen zu spüren, die beim Haushalten ohnehin schon genau rechnen müssen, damit das Geld bis zum Monatsende reicht. Alle stellen sich die Frage: Was tun? Die BILD-Zeitung veröffentlicht Spartipps, die CDU rät zur Lohnzurückhaltung und der grüne Landwirt-

schaftsminister möchte das Fleisch teurer machen. Es ist bezeichnend, wie leichtfertig die Verteuerung des Lebens für Rentner*innen, Alleinerziehende und Familien hingenommen wird. Zwei Millionen Menschen haben in Deutschland zu wenig Geld, um an kalten Tagen ausreichend zu heizen. Ihnen wird zum Ausgleich für 2023 ein Klimageld in Aussicht gestellt. »Die Kinderzimmer werden von diesen Versprechungen nicht wärmer.«, stellt die LINKE-Fraktionsvorsitzende Eva von Angern fest. »Die Menschen dürfen nicht weiter allein gelassen werden. Sie

brauchen jetzt unmittelbar Hilfe, denn die Rechnungen müssen schließlich jetzt bezahlt werden und können nicht bis 2023 warten.«, so Eva von Angern weiter.

Inflation heißt Kaufkraftverlust und damit Lohn- und Rentenentwertung

Wie aus einer Anfrage der Linksfraktion im Bundestag hervorgeht, sind die Preise im Zeitraum von 2000 bis 2021 um 39 Prozent gestiegen. Die Inflation frisst immer mehr von der mickrigen Rentenerhöhung weg. »Die Rentenangleichung und eine im Geldbeutel spürbare Rentenerhöhung sind deshalb längst überfällig, ebenso wie die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 13 Euro«, schlussfolgert Eva von Angern.

Vermögende können sich durch Umschichten vom Geld in den Sachwert schützen, z. B. Immobilien kaufen und teuer vermieten. Rentner*innen, Alleinerziehende oder Gering- oder Normalverdienende können das nicht. Die Fraktion DIE LINKE meint: Der Staat ist gefordert, etwas gegen diese Armutsfalle zu unternehmen. Kerstin Eisenreich, Expertin für Energiepolitik im Landtag von Sachsen-Anhalt, ist die

Stimme derer, die von Energiearmut und extremen Preissteigerungen betroffen sind: »Es ist menschenunwürdig, dass die Strom- und Gasrechnungen nicht mehr bezahlbar sind und im Winter die Energieversorgung bei denjenigen abgedreht wird, die die horrenden Preise nicht mehr bezahlen können.

Strom- und Gassperren gehören sofort verboten

Anstelle dessen braucht es schnelle und unbürokratische Hilfen für Bedürftige. Mindestens 200 Euro Soforthilfe pro Person, die Erhöhung des Hartz-IV-Satzes auf 658 Euro und ein Wohngeld auf Grundlage der Brutto-Warmmiete würden Menschen entlasten, die sich Inflation und Energiepreiswahn nicht leisten können. Die Erhöhung des Hartz-IV-Satzes um gerade einmal drei Euro ist menschenunwürdig und politisch verantwortungslos. Den Betroffenen kostenlose Energieberatungen anzubieten, ist mehr als zynisch und ändert nichts daran, dass Wohnungen kalt bleiben müssen.«

Menschen, die weite Fahrtwege zur Arbeit zurücklegen müssen, blättern dafür viel Geld für Sprit oder Bahn-



Kommentiert – kurz und knapp



»Wenn der Landesregierung Menschen und ihre Gesundheit etwas wert sind, dann muss sie die Ärmel hochkrepeln und anfangen, vor Ort etwas zu verändern. Haseloff muss das Kliniksterben beenden und etwas für das Pflegepersonal tun, das den Laden am Laufen hält. Bald kollabiert die Gesundheitsversorgung und die Landesregierung sieht tatenlos zu.«, **Nicole Anger**, gesundheitspolitische Sprecherin, im Landtag.

»Energieversorgung ist Teil der Daseinsvorsorge, jede*r muss Zugang zu einer bezahlbaren Versorgung haben. Um Bedürftigen jetzt unmittelbar zu helfen, fordern wir einen Zuschuss von 200 Euro pro Person und ein Verbot von Stromsperren. Perspektivisch brauchen wir ein kostenloses Energie-Grundkontingent für jeden Haushalt.«, **Kerstin Eisenreich** in der Debatte zur Energiepreisexplosion.



gegen den Preiswahnsinn?

tickets hin. Ihnen käme das Mobilitätsgeld zugute. Verkehrsmittelunabhängig soll ein fester Betrag pro Kilometer Arbeitsweg ausgezahlt werden, der für alle gleich hoch ist. Anders als bei der Pendlerpauschale soll das

Mobilitätsgeld alle gleichermaßen entlasten, also auch Arbeitnehmer*innen, die nicht steuererklärungspflichtig sind. Denn die Pendlerpauschale benachteiligt Menschen, deren Einkommen und Steuerabgaben zu niedrig sind, als dass sie über ihre Einkommenssteuer ihre Fahrtkosten zurückbekommen könnten.

zahlreiche Sofortmaßnahmen gegen die Preisexplosionen in den Landtag eingebracht. Kerstin Eisenreich wird auch weiterhin, gemeinsam mit der ganzen Fraktion, dafür streiten, dass die Energiewende die soziale Spaltung nicht weiter vorantreibt, denn: »Energieversorgung ist Teil der Daseinsvorsorge, auf die jeder Mensch ein Recht hat.«

Die Fraktion DIE LINKE hat

Die Rede von Kerstin Eisenreich zur Energiepreisexplosion auf unserem YouTube-Kanal:



Runter mit den Energiepreisen!

Kommentar von Dr. Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Die Kosten für Energie und Lebensmittel gehen durch die Decke. Laut aktueller Zahlen verschiedener Vergleichsportale zahlen Familien für Energie monatlich rund 200 Euro mehr als vor einem Jahr. Die Betriebskostenabrechnung wird ein Schock. Für Millionen Menschen sind dies die härtesten Einschnitte seit der Agenda 2010. Inakzeptabel! Die Politik kann und muss gegensteuern, doch die Ampel schließt wirksame Entlastungen aus.

Die explodierenden Energiepreise treffen Bürger*innen und Wirtschaft in Ostdeutschland besonders hart. Hier haben die Menschen strukturell weniger Einkommen und die Fahrtwege im ländlichen

Raum sind weit. Viele kleine Betriebe mit wenig Eigenkapital, aber auch Kommunen, leiden zunehmend unter den horrenden Kosten für Strom und Wärme in ihren Gebäuden. Besonders für Ostdeutschland ist die Preisentwicklung verheerend.

Die Abschaffung der EEG-Umlage soll früher kommen als geplant. Richtig, aber unzureichend. Trotz der Halbierung der EEG-Umlage zu Jahresbeginn sind die Strompreise weiter gestiegen. Für den Heizkostenzuschuss will die Bundesregierung 190 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Nur 1,6 Millionen Menschen sollen Geld erhalten. Viel zu wenig für viel zu wenige! Zum Vergleich: Die



Dr. Dietmar Bartsch, seit 2015 Fraktionsvorsitzender und Initiator des »Netzwerk gegen Kinderarmut«

Einnahmen aus der Mehrwertsteuer, die die Bürger bei den Energiepreisen trifft, liegen inzwischen 7,5 Milliarden Euro höher als vor Corona. Diese Mittel sollten für Entlastungen eingesetzt werden.

Alle Ampel-Parteien haben dies im Wahlkampf versprochen. Das Gegenteil ist der Fall: Die faktischen Belastungen der Bürger*innen sind höher als bei der alten Regierung. Unsere Nachbarn

in Polen, Frankreich und den Niederlanden handeln. Hierzulande sitzt Christian Lindner auf dem Energiegeld der Bürger*innen. Wir brauchen einen Energiekostensenkungsplan! Dazu gehört auch – zumindest zeitweise – die Senkung der Mehrwertsteuer bei Energie auf sieben Prozent. Energie ist Grundbedarf und der Staat darf nicht noch an steigenden Energiepreisen verdienen.

»Der gesetzliche Mindestlohn hat zu einem deutlichen Anstieg von Arbeitseinkommen in Sachsen-Anhalt seit über 15 Jahren geführt. Jetzt ist die Zeit reif für eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 13 Euro. Das ist dringend notwendig, um Altersarmut zu verhindern und die aktuelle Inflationsrate auszugleichen.«, Wulf Gallert in der Debatte zur Mindestlohnerhöhung.



»In der EU finden schwere Menschenrechtsverletzungen statt und ist es illegal, Menschen vor dem Erfrieren im Wald zu retten. Sind das die europäischen Werte, die wir nicht aufgeben dürfen, weil Lukaschenko diese Menschen instrumentalisiert und entmenschlicht, indem er sie als „Waffen“ einsetzt?«, Henriette Quade im Landtag zur Situation an der polnisch-belarusischen Grenze.

Frauen in der Politik – Politik für Frauen

Der internationale Frauentag hat eine lange Tradition. Die Initiative zum Frauentag entstand bereits vor dem Ersten Weltkrieg, um für Gleichberechtigung und das Frauenwahlrecht zu streiten. Doch wie steht es nach über 100 Jahren Gleichstellungspolitik um Frauen in Führungspositionen? Welche Rolle übernehmen Frauen in der Pandemie? Silvia Ristow, Oberbürgermeisterin der Stadt Bernburg (Saale), und Eva von Angern, gleichstellungspolitische Expertin, stehen dazu Rede und Antwort.

Viele Menschen sagen, dass sie Frauen und Männer gleichbehandeln würden. Ist die Gleichstellung bereits vollzogen?

Silvia Ristow: Nein. Gleichstellung bedeutet für mich, dass bei Entscheidungen das Geschlecht keine Rolle spielt. Im Berufsalltag erlebe ich aber auch Problematisches. Ich sehe, dass sich Frauen zurücknehmen, ihre Fähigkeiten herunterspielen – sie verzichten mit der Begründung »Familie« auf Bewerbungen für höhere Stellen. Vielen fehlt Selbstvertrauen, parallel stellen sie oft höhere Ansprüche an sich, als Männer. Wird männlich geredet, fühlen sie sich angesprochen und nennen sich dafür selbstbewusst. Dabei

wäre die weibliche Ansprache einfach höflich. Grundsätzlich glaube ich aber, dass in Gesetzen oder betrieblichen Regelungen Gleichstellung immer selbstverständlicher wird, in der praktischen Umsetzung zeigen sich aber Probleme.

Eva von Angern: Ich kann mich nur anschließen. In der alltäglichen Realität ist es so, dass Frauen noch immer in gleichwertigen Berufen weniger verdienen als Männer. Frauen sind überdurchschnittlich von Altersarmut betroffen. Erziehungs- oder auch Pflegetätigkeiten in der Familie, die Frauen leisten, werden immer noch nicht als gleichwertig zur Lohnarbeit wahrgenommen. Die prekären Erwerbsverläufe von vielen Frauen haben unmittelbare, negative Auswirkungen auf die Lebensqualität von Frauen.

Wie viele Frauen engagieren sich in der Kommunalpolitik in Bernburg?

SR: Im Stadtrat sind 11 Stadträtinnen vertreten und 29 Männer. Lange waren Frauen Vorsitzende des Stadtrates, inzwischen ist es ein Mann.

Was hindert Frauen da-

ran, sich stärker politisch einzubringen?

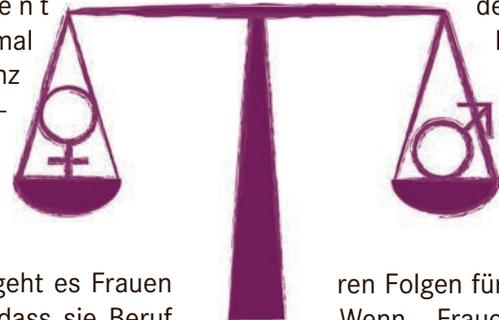
SR: Männer, manche Frauen, sie selbst und die Rahmenbedingungen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Ehrenamt erschweren. Männer haben gut funktionierende Netzwerke und bieten selbst an, mitzuwirken oder zu kandidieren, Frauen müssen eher angesprochen werden. Männern wird Ehrgeiz oft per se als positive Eigenschaft zugesprochen, Frauen müssen sich jedoch erst beweisen, bevor ihnen Chancen eingeräumt werden. Familie spielt eine große Rolle, hier ist die gegenseitige Unterstützung der Partner oder auch der Großeltern wesentlich.

EvA: Das ehrenamtliche, politische Engagement ist erstmal eine ganz individuelle Entscheidung. Nicht selten ergeht es Frauen aber so, dass sie Beruf und politisches Engagement nicht unter einen Hut

bringen können. Wenn sich die Frauen dann für Ehrenämter oder Aufgaben bereiterklären, brechen männlich dominierte Diskussionsrunden oftmals das Engagement der Frauen. Mich persönlich haben vor allem weibliche Vorbilder bestärkt, mich politisch zu engagieren. Deshalb ist es wichtig, dass es Frauen in Verantwortungs- und Führungsebenen gibt, die wiederum anderen Frauen Mut machen, ihre eigene Meinung zu sagen.

Konkrete Vorschläge, um die Gleichstellung voranzutreiben, sind das Paritätsgesetz und die Frauenquote. Wie stehen Sie dazu?

EvA: Um die Gleichstellung zu vollziehen, brauchen wir tatsächlich diese Instrumente. Parallel dazu sind starke Frauen wichtig, die diese Mittel konsequent in Anspruch nehmen und auch Männer, die diese Instrumente verteidigen und zulassen. DIE LINKE ist paritätisch aufgestellt, dennoch ist der Anteil an Frauen im Landtag immer noch gering, mit unmittelbaren Folgen für das Land. Wenn Frauen fehlen, werden bestimmte Debatten auch anders geführt.



Schutz sieht anders aus – Istanbul Konvention umsetzen

Seit 2017 ist die sogenannte Istanbul-Konvention in Deutschland in Kraft. Das Übereinkommen soll Gewalt gegen Frauen entgegenwirken. Bundes- und Landesregierung klopfen sich dafür auf die Schultern. Eine konsequente Umsetzung bleibt jedoch aus. Allein 2020 wurden 139 Frauen durch ihre (Ex-) Partner getötet. Es gab doppelt so viele Tötungsversuche, über 115.000 Frauen waren von häuslicher Gewalt betroffen. Sexualisierte Gewalt und Mobbing gehören für viele Frauen zum Alltag – auch in den sozialen Medien. Die Gewalt nimmt durch die Pandemie zu – für viele Frauen wird das Zuhause zur Falle. Es fehlen

ausreichend Plätze in den Frauenhäusern in Sachsen-Anhalt, wo sich Frauen rund um die Uhr hinwenden können. Dieses Schutzsystem ist chronisch unterfinanziert. Doppelt betroffen sind migrantische Frauen, die sowohl von ihrem Partner, als auch von Abschiebungen bedroht werden.

Wir brauchen endlich eine Koordinierungsstelle, unabhängiges Monitoring und bedarfsgerechte Finanzierung der Frauenhäuser, zusammen mit guter Bezahlung für die Fachkräfte, die dort tätig sind. Frauenhäuser müssen um Spenden bitten, wenn ihre Waschmaschine kaputt geht. Das ist ein unhaltbarer Zustand!

Frauenschutzhäuser in Sachsen-Anhalt

- Aschersleben: 03473 3515 oder 0152 02893528
- Ballenstedt: 039483 8685 oder 0171 8537459
- Bernburg: 03471 311135 oder 0163 1782928
- Bitterfeld-Wolfen: 03494 31054
- Burg: 03921 2140 oder 0173 5763820
- Dessau-Roßlau: 03940 512949 oder 0177 4332216
- Halle: 0345 4441414
- Köthen: 0349 3094821 oder 0162 8922965
- Magdeburg: 0391 55720114 oder 0152 23426634
- Merseburg: 03461 211005 oder 0172 8717470
- Salzwedel: 03901 424859
- Sangerhausen: 03464 570072 oder 0179 9877046
- Staßfurt: 03925 302595 oder 0162 1599741
- Stendal: 03931 715249 oder 0170 9867725
- Weißenfels: 03443 802647 oder 0171 5404844
- Wernigerode: 03943 654512 oder 0173 2099700
- Wittenberg: 03491 667827 oder 0177 6020280
- Wolmirstedt: 0391 28921060 oder 0175 2763313
- Zeitz: 03441 6285887 oder 0160 6484913



Silvia Ristow und Eva von Angern im Wahlkreisbüro Bernburg

Wenn etwa Pandemiestäbe ohne eine einzige Frau auskommen wollen, dann ist das ein Ergebnis fehlender weiblicher Führungskräfte in der Politik. Welche heftigen Einschnitte die Corona-Pandemie für alleinerziehende Mütter bedeutet, wird in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Die Last der Kinderbetreuung und des Homeschoolings trugen vor allem Frauen.

Wissenschaftler*innen sprechen angesichts der hohen Belastungen in der Pandemie davon, dass sich Geschlechterrollen wieder verstärkt haben. Wie sollte die Politik darauf reagieren?

SR: Wir brauchen eine verlässliche Kinderbetreuung, leicht zugängliche Angebote für die Förderung guter Schul-

abschlüsse, aufsuchende Familienhilfe und Schulsozialarbeit zur Unterstützung von Familien und Alleinerziehenden. Hinzu kommt die Förderung von Vereinen, die zur Belebung des gesellschaftlichen Lebens beitragen und das soziale Umfeld erweitern. Während der Pandemie hat sich das Leben stark verändert, nicht alle konnten die Herausforderungen gut bewältigen, viele waren teils überfordert. Die Kindeswohlgefährdungen haben sich von 2019 zu 2020 um ca. 30 Prozent erhöht, Gewalt in den Familien nahm zu. Jugendämter

sind besser auszustatten. Die Eingliederung von Müttern in den Beruf muss in den Unternehmen vereinfacht werden.

EvA: Wir müssen den Rückwärtstrend zu längst verstaubten Rollenbildern stoppen. Eine Studie über die Gesundheit von Frauen während der Corona-Lockdowns hat das zu Tage gebracht, wovon wir als LINKE lange schon waren: Ängste von Frauen um den Arbeitsplatz und Sorgen um die finanzielle Zukunft nahmen drastisch zu. Hier spielen Bildungsungleichheiten eine große Rolle. Um möglichst allen Frauen ein gutes Leben zu gewährleisten, braucht es gute Schulen, Studienplätze, die mit Mutterschaft vereinbar sind und stabile Löhne. Das Homeoffice führt übrigens nicht dazu, dass bezahlte und unbezahlte Arbeit gerechter verteilt wird.

Welche Herausforderungen haben Frauen speziell in Sachsen-Anhalt zu bewältigen?

SR: Sachsen-Anhalt hat eine der höchsten Zahlen an Alleinerziehenden, die zu 80 Prozent Mütter sind. Verbunden damit ist oft Teilzeitarbeit und ein geringes Einkommen, welches hier an sich schon zu den niedrigsten in Deutschland gehört. Parallel dazu überneh-

men Frauen die Sorgearbeit um Eltern und Großeltern. Die Herausforderung der Frauen besteht darin, ihr Leben selbstbewusst in die Hand zu nehmen, sich aber auch Hilfe zu holen. Sich das hierfür erforderliche private und gesellschaftliche Umfeld zurückzuerobern wünsche ich allen Frauen.

EvA: An den Supermarktkassen, den Krankenbetten und in der Gastronomie sind hauptsächlich Frauen tätig. Im Niedriglohnsektor haben nicht wenige von ihnen gleich mehrere Jobs, um über die Runde zu kommen. Das muss aufhören, indem der Mindestlohn angehoben wird und die Löhne um die anhaltende Inflationsrate erhöht werden. Altersarmut hat in Sachsen-Anhalt ein weibliches Gesicht und will ich nicht akzeptieren!

Der Frauentag ist in Berlin seit 2019 gesetzlicher Feiertag, ab 2023 soll er auch in Mecklenburg-Vorpommern Feiertag sein – ein gutes Beispiel auch für Sachsen-Anhalt?

EvA: Der Kampf um die Gleichstellung der Geschlechter und gegen männlich dominierte Herrschaftsstrukturen hat eine lange Tradition. Unter dem Gesichtspunkt ist es einfach eine tolle Geste, dass der 8. März als Feiertag festgeschrieben wird. Wir Frauen in Sachsen-Anhalt wünschen uns das auch – mehr Mut zu Fortschritt!

»Wir müssen den Rückwärtstrend zu längst verstaubten Rollenbildern stoppen!«

Zu wenig Geld in Krisenzeiten – Corona-Sondervermögen auf dem Prüfstand

Im Dezember 2021 hat der Landtag ein Fonds von 2 Milliarden Euro für die Bewältigung der Pandemie beschlossen. Das sogenannte Corona-Sondervermögen soll Lücken füllen, die durch die Krise entstanden sind. Aber was bringt das Sondervermögen für Sachsen-Anhalt?

Die Fraktion DIE LINKE hat bereits vor einem Jahr einen Corona-Fonds für die Menschen in Sachsen-Anhalt gefordert. Andere Bundesländer waren schneller, doch das Haseloff-Kabinett hat wieder einmal viel zu lange abgewartet. Das jetzt endlich eingestellte Sondervermögen hat zahlreiche Probleme ausgespart. Dringend benötigte Mittel für Kinder, Jugendliche sowie Familien, die unter der Pandemie leiden, wurden nicht bereitge-

stellt. Das Geld kommt damit nicht bei diejenigen an, die täglich im Gesundheitswesen, im Handel und den Betrieben am Rande ihrer Kräfte arbeiten. Insgesamt hat DIE LINKE 180 Millionen Euro zur Bekämpfung der sozialen Folgen der Pandemie vorgeschlagen. CDU, SPD und FDP haben sich dieser Aufstockung verweigert – mit fatalen Folgen für die Zukunft Sachsen-Anhalts. DIE LINKE hat klar gemacht, wo Geld fehlt:

- Wir wollen einen **500-Euro-Bonus für alle Beschäftigten im Gesundheitswesen** sowie das nichtmedizinische Personal.

- **Menschen mit Behinderungen** sind überdurchschnittlich von pandemiebedingter Arbeitslosigkeit



betroffen. Haseloff lässt sie im Regen stehen, wir wollen mit zusätzlichen Mitteln helfen.

- Nach Lockdowns und Schulschließungen brauchen Kinder und Jugendliche nicht nur Laptops. DIE LINKE will eine **Offensive der Jugendsozialarbeit und Jugendmedienarbeit.**

- Die Finanzlage der Kommunen ist dramatisch. DIE LIN-

KE nimmt die Forderungen des Städte- und Gemeindebundes auf: Wir brauchen **mehr Geld für die Kommunen im Land.**

- DIE LINKE ist die einzige Fraktion im Landtag, die **Hilfsprogramme für Long-Covid-Patient*innen** fordert. Forschung und spezielle Rehabilitationsangebote sind hier dringend notwendig.

Modellprojekt für eine Polytechnische Grundbildung in Anhalt

von Thomas Lippmann, bildungspolitischer Sprecher

Der Mangel an qualifizierten Fachkräften ist für immer mehr Branchen das inzwischen dominierende Problem. Viele Betriebe vor allem im Handwerk klagen über zu wenige Bewerber*innen für eine duale Ausbildung und über deren oft unzureichende Kenntnisse und Kompetenzen.

Der Fachkräftemangel ist vor allem eine Folge der eingebrochenen Geburtenzahlen und der jahrelangen Abwanderung junger Menschen nach der Wende aus Sachsen-Anhalt. Es liegt aber auch daran, dass trotz einiger Anstrengungen u. a. durch den Einsatz von Schulsozialarbeiter*innen Sachsen-Anhalt weiterhin bundesweit den höchsten Anteil an Schüler*innen hat,

die die Schulen ohne einen Abschluss verlassen. Hinzu kommt noch einmal fast die gleiche Zahl von Schüler*innen, die nach neun Schuljahren nur einen Hauptschulabschluss schaffen. Viele dieser Schüler*innen – jährlich etwa 2.000 bis 3.000 – haben es anschließend oft schwer, eine erfolgreiche Berufsausbildung

zu absolvieren und ihren Weg in den Beruf zu finden.

Die jungen Menschen haben es später nicht leicht, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten und sie fehlen in den Betrieben. Zu allem Überfluss hat es die Landesregierung unter der Verantwortung von CDU und SPD seit mehr als 15 Jahren unterlassen, genügend

Lehrkräfte auszubilden. Diese Politik der Personalkürzung rächt sich jetzt durch den Zusammenbruch der Lehrkräfteversorgung – vor allem in den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen. Dadurch verschlimmert sich die Gesamtsituation zunehmend und die Corona-Ausfälle kommen noch obendrauf.

Aus dieser Not will die Fraktion DIE LINKE jetzt eine neue Tugend machen. In der Region Anhalt soll ein Modellprojekt für regelmäßigen, polytechnischen Unterricht in den Klassen 8 und 9 entwickelt und eingeführt werden. Damit sollen die enormen Lücken in der Lehrkräfteversorgung gewinnbringend für alle gefüllt werden – für Schulen, Schüler*innen und Betriebe.



Polytechnischer Unterricht in der 7. Klasse, 1989, Bundesarchiv, Bild 183-1989-0605-015 / CC-BY-SA 3.0

Nicole Anger: Gesundheit ist keine Ware!

Die Pandemie hat viele Probleme verschärft und hat uns vor Augen geführt, dass hinter der Corona-Krise viele weitere Krisen stecken, deren drastische Auswirkungen wir jetzt erfahren müssen. Die Krise unseres Gesundheitswesens im ländlichen Raum, das Krankenhaussterben und der Pflegenotstand gehören unbestritten dazu. Ebenso die miese Bezahlung der Pflegekräfte, die tagtäglich an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gehen, um kranke und hilfebedürftige Menschen zu versorgen.

Nicole Anger, gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt, ist vor Ort, wenn Menschen für den Erhalt ihrer Krankenhäuser demonstrieren, wenn Pflegekräfte für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Gehalt kämpfen. Die gebürtige Magdeburgerin ist eine, die den Menschen Mut macht, die zu-

hören kann und sich im Landtag Gehör verschafft, wenn es um die Anliegen derer geht, die sonst keine Lobby haben. Dabei nimmt sie kein Blatt vor den Mund: »Gesundheit ist keine Ware. Wer Gesundheit der Profitlogik des Marktes unterwirft, versagt bei der Daseinsvorsorge. Das sehen wir nun an den Standorten: Havelberg, Genthin, Gardelegen und Schönebeck.«

Die Ignoranz und leeren Versprechen der Regierung machen sie wütend. Dabei liegen die Lösungen auf dem Tisch: »In der Pandemie haben wir viele Pflegekräfte verloren, die wir zurückgewinnen könnten, wenn wir die Arbeitsbedingungen spürbar verbessern. Wir müssen das Problem an der Wurzel packen: Die Abschaffung der Fallpauschalen ist längst überfällig, ebenso wie das Ende der Krankenhausprivatisierungen.

Das Land muss Geld in die



Hand nehmen, um die Krankenhauslandschaft im ländlichen Raum nah am Wohnort zu erhalten. Die Politik muss endlich begreifen: Die Gesundheit

der Menschen ist wichtiger als der Profit der privaten Klinikkonzerne und deren Aktionäre.«, findet Nicole Anger aus Magdeburg.

Für die Jugend in Mansfeld-Südharz

Der Kreis-Kinder- und Jugendring (KKJR) vereint die Interessen unterschiedlicher Jugendverbände in Mansfeld-Südharz, Geschäftsführerin Anne Müller-Steglich berichtet über die Arbeit vor Ort. Was sind die Arbeitsschwerpunkte des KKJR?

Der Kreis-Kinder- und Jugendring Mansfeld-Südharz umfasst 15 Vereine und 4

Einzelmitglieder der Kinder- und Jugendarbeit. Wir wollen unsere Kräfte bündeln und bieten dafür verschiedene Plattformen. Wir organisieren Bildungs- und Freizeitangebote für junge Menschen und betreiben im Landkreis drei Jugendklubs. Junge Menschen an gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen ist uns ein großes Anliegen, wie etwa beim Jugendkreistag, in dem

ca. 60 Jugendliche zusammenkommen, um über ihre Vorhaben zu diskutieren. Weitere Projekte sind etwa das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus, Ausbildung von Jugendleiter*innen, das Jugendforum Mansfeld-Südharz sowie Freizeitangebote in den Ferien. In diesem Jahr planen wir außerdem eine Jugendbegegnung in Lettland sowie eine Gedenkstättenfahrt in das ehemalige KZ Ausschwitz.

Was sind besondere Herausforderungen in Mansfeld-Südharz?

Besondere Herausforderungen im ländlichen Raum sind die schlechten ÖPNV-Verbindungen sowie fehlende kulturelle Angebote. Wir wünschen uns Busse, die in den jeweiligen Gemeinden alle Ortsteile von 12 bis 20 Uhr verbinden. Die Jugendlichen

müssen mit ihren Anliegen ernst genommen werden. Beim anhaltenden Strukturwandel sollten die Stimmen derer gehört werden, die auch künftig im Landkreis leben wollen.

Was sind die Forderungen des KKJR an die Landesregierung?

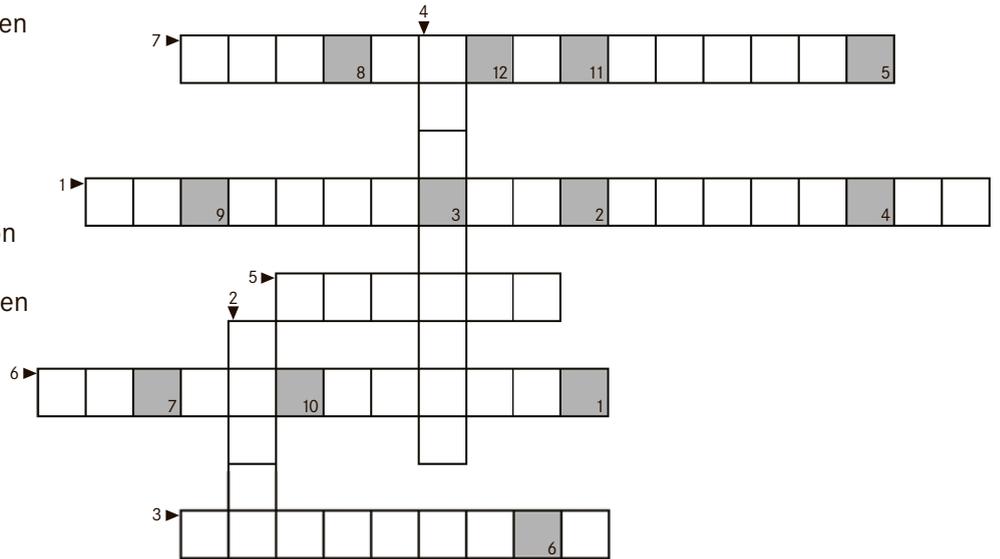
Die Schulsozialarbeit muss durch das Land mitfinanziert werden, um dem Abbau dieser Stellen entgegenzuwirken. Die Schulsozialarbeit hat eine große Bedeutung, wenn es darum geht, Kinder und Jugendliche unter pandemischen Bedingungen im Schulalltag zu begleiten und kritische Entwicklungen, die sich durch Corona verschärft haben, aufzufangen.

Weitere Infos:
www.kkjr-msh.de



Caroline Wehling (Mitte) mit Martin Zimmermann und Tina Kühn (Team KKJR) bei der Auszeichnung zum Jugend-Engagement-Preis

1. Übereinkommen gegen Gewalt an Frauen
2. Nachname der gesundheitspolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt
3. 8. März ist ...
4. Grund für die Preisexplosion
5. Nachname der Oberbürgermeisterin von Bernburg
6. Mittel zur Minderung der Pandemiefolgen
7. Alternative zur Pendlerpauschale



Aufmerksam die Zeitung lesen, Fragen beantworten und einen von drei Preisen gewinnen!

- 1. Preis** 1x Kaffeemaschine
- 2. Preis** 1x Powerbank
- 3. Preis** 1x Sattelschoner

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Schicken Sie das Lösungswort mit dem Stichwort »**Gewinnspiel**« bis zum 8. April 2022 per Mail oder Post an gewinnspiel@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de, DIE LINKE. Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg

Rechtlicher Zusatz: Gewinnspielteilnahme ab 18. Wir erheben, speichern und verarbeiten personenbezogene Daten ausschließlich zur Durchführung und Abwicklung des Gewinnspiels und um Sie im Falle eines Gewinns zu benachrichtigen. Eine Weitergabe der Daten an Dritte findet nicht statt. Sie können die Einwilligungen jederzeit durch Nachricht an uns widerrufen. Ihre Daten werden anschließend gelöscht. Keine Barauszahlung der Preise. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Für Sie auf Achse:



Menschenkette in Salzwedel als Zeichen, dass die Krise nur solidarisch gelöst werden kann.



Dr. Gregor Gysi auf der Veranstaltung »Salzwedel: solidarisch und gerecht«



Eva von Angern ruft in Salzwedel für einen solidarischen Weg aus der Krise auf

Soziale Netzwerke



[fb.com/FraktionDIELINKE.LSA](https://www.facebook.com/FraktionDIELINKE.LSA)



twitter.com/LinksfraktionSt



[instagram.com/linksfraktion_lsa](https://www.instagram.com/linksfraktion_lsa)

Impressum

Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt
Domplatz 6-9
39104 Magdeburg

Telefon: 0391/5605003
Fax: 0391/5605008
Mail: fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

V.i.S.d.P.: Oliver Wiebe
Redaktion: Karsten Stöber, Oliver Wiebe, Marian Krüger
Layout: Marten Dietrich
Fotos: Rayk Weber, Fraktion, privat
Hinweis: Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden!

Sie möchten die »Klipp&Klar« künftig digital erhalten oder haben Interesse an Informationsmaterialien unserer Fraktion?

Bitte senden Sie mir die »Klipp&Klar« künftig an folgende E-Mail-Adresse:

.....

Bitte senden Sie mir Informationsmaterialien an folgende Adresse:

.....



Einfach ausschneiden und an Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt Domplatz 6-9 39104 Magdeburg senden. Oder schicken Sie uns eine E-Mail mit dem Betreff »Klipp&Klar« an fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de